Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 28. Januar 2013
Ausgabe 019
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› Monacensia ab sofort geschlossen 2
› Volksbegehren Studiengebühren: Eintragungen nur noch bis Mittwoch möglich 3
› Europe Direct Informationszentrum wird weiter gefördert 4
› Freizügigkeitsbescheinigung nicht mehr notwendig 5
› Ausstellung „München 2050 – Freiham“ im PlanTreff 5
› Vortrag über die Dichtigkeitsprüfung in der Gebäudeentwässerung 6
› Kabarett mit Philipp Weber im Bürgersaal Fürstenried 7
› Krimilesung in der Stadtbibliothek Moosach 7

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **8**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Montag, 28. Januar, 14 Uhr, Amtszimmer des Oberbürgermeisters
Der Chinesische Staatscircus übergibt Oberbürgermeister Christian Ude 3.200 Freikarten für bedürftige Münchnerinnen und Münchner.

Donnerstag, 31. Januar, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Stadtrat Alexander Reissl (SPD) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters die Münchner Faschingsprinzenpaare samt ihrem prachtvoll-närrischen Gefolge im Rathaus.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 4. Februar, 19 Uhr, Sitzungssaal des Sozialbürgerhauses Sendling, Meindlstraße 16 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

Meldungen

Monacensia ab sofort geschlossen
(28.1.2013) Im Rahmen der Bauvorbereitung für den Umbau des Hildebrandhauses ist in den Deckenverkleidungen des nicht öffentlich zugänglichen Dach- und Kellergeschosses Asbest festgestellt worden. Es ist notwendig, diese asbesthaltigen Brandschutzverkleidungen nun bereits vor Baubeginn zu entsorgen. Dazu müssen die Bestände der Monacensia früher als gedacht ausgelagert werden. Die Monacensia wird deshalb ab sofort geschlossen, da die Ausleihe von Handschriften und Büchern nicht mehr möglich ist. Die öffentlich zugänglichen Räume der Monacensia sind von der Asbestbelastung nicht betroffen.
Folgende Interimsstandorte werden bezogen und sind ab 1. September 2013 für den Publikumsverkehr geöffnet:

- Das *Literaturarchiv* der Stadt München befindet sich in der Watzmannstrasse 1a in Giesing. Dort steht zur Einsicht in die Archivmaterialien ein Lesesaal offen. Kontakt: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de
- Die Auskunftstheke der *Monacensia-Bibliothek* zu Münchner Themen wird auf Ebene 2.1 der Stadtbibliothek Am Gasteig mit Monacensia-

Bibliothekarinnen besetzt sein. Sie werden Interessierten Bücher und andere Medien rund um München im Lesesaal der Stadtbibliothek Am Gasteig vorlegen. Kontakt: stb.monacensia@muenchen.de

Der Stadtrat hat die inhaltliche und bauliche Neukonzeption der Monacensia beschlossen und dafür 8,9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Nach dem Terminplan ist der Baubeginn der Maßnahme im September 2013 vorgesehen. Die Ausführungsgenehmigung wird voraussichtlich im Juni/Juli im Stadtrat erfolgen. Der Umbau soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein.

Hinweis:

Aufgrund der Schließung der Monacensia müssen die folgenden beiden Veranstaltungen in die Zentralbibliothek am Gasteig Ebene 1.1. verlegt werden. Der Veranstaltungsbeginn wird zudem von 19 Uhr auf 19.30 Uhr verschoben, damit auch diejenigen, die von der Änderung nicht rechtzeitig erfahren, Gelegenheit haben, die Vorträge noch zu erreichen.

- „Arkadien und Bauernball. Münchner Künstlerfasching um 1900" – ein Vortrag von Michael Zepter am Dienstag, 29. Januar,

und

- „Damit der Pegasus nicht lahme..." - Vorstellung unbekannter Prosa von Frank Wedekind anhand des Erscheinens der letzten drei Bände des Gesamtwerks. Mit Hartmut Vinçon, Anatol Regnier und Kerstin Specht am am Donnerstag, 31. Januar.

Für Rückfragen zu den Baumaßnahmen in der Monacensia steht Stadtdirektor Franz Josef Balmert, Baureferat Hochbau/Leitung, als Ansprechpartner zur Verfügung. Telefon: 233-6 05 00.

Volksbegehren Studiengebühren: Eintragungen nur noch bis Mittwoch möglich

(28.1.2013) Wer sich jetzt noch für das Volksbegehren „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern" eintragen will, muss sich beeilen. An diesem Mittwoch, 30. Januar, endet die zweiwöchige Frist, während der Unterschriften abgegeben werden können. Von den mehr als 900.000 stimmberechtigten Münchnerinnen und Münchnern haben sich bislang 63.064 eingetragen (28. Januar, 11 Uhr). Die Beteiligung liegt damit in München derzeit bei 6,98 Prozent. Das Volksbegehren ist erfolgreich, wenn es bayernweit von zehn Prozent der Stimmberechtigten unterstützt wird.

Wer sich jetzt noch eintragen möchte, hat am Montag, Dienstag, Mittwoch, 28. bis 30. Januar, noch die Möglichkeit dazu. Neben der Stadt-Information im Rathaus können sich stimmberechtigte Münchnerinnen und Münchner auch im Wahlamt (Ruppertstraße 19) sowie in den Bezirksinspektionen Mitte (Tal 31), Nord (Leopoldstraße 202a), Ost (Trausnitzstraße 33), Süd (Implerstraße 9) und West (Landsberger Straße 486) ein-

tragen. Am Mittwoch, dem letzten Tag der Eintragungsfrist, haben sämtliche Eintragungsstellen von 8 bis 20 Uhr geöffnet.

Die Eintragungsräume sind zu nachfolgenden Zeiten geöffnet:

Stadt-Information im Rathaus:

Montag, 28. Januar	10.00 - 20.00 Uhr
Dienstag, 29. Januar	10.00 - 20.00 Uhr
Mittwoch, 30. Januar	08.00 - 20.00 Uhr

Bezirksinspektionen und Wahlamt:

Montag, 28. Januar	07.30 - 16.30 Uhr
Dienstag, 29. Januar	08.00 - 17.00 Uhr
Mittwoch, 30. Januar	08.00 - 20.00 Uhr

Weitere Informationen unter *www.muenchen.de/rathaus*. Zudem steht die Wahlhotline unter der Telefonnummer 2 33-9 62 33 für Auskünfte rund um die Abwicklung des Volksbegehrens zur Verfügung.

Europe Direct Informationszentrum wird weiter gefördert

(28.1.2013) Das Europe Direct Informationszentrum für München und Oberbayern (EDI) steht den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin als Anlaufstelle in Sachen Europa zur Verfügung. Die Bewerbung des EDI für die Förderperiode 2013 bis 2014 hat die EU-Kommission überzeugt. Die Kommission sagte eine jährliche Förderung in Höhe von 25.000 Euro zu.
„Mit dem EDI bringen wir Europa an die Bürgerinnen und Bürger heran. Darum freue ich mich besonders, dass wir das Informationszentrum weiterhin betreiben können", sagt Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft.
„Diesem praktischen Engagement der Trägereinrichtungen für Europa gilt meine Wertschätzung und mein besonderer Dank", so Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.
Ob es um Fragen zum Verbraucherschutz, zum Reisen, zu Versicherungen, zur Anerkennung von Zeugnissen oder um politische Fragen rund um die EU geht, die Münchner Fachleute vom Europe Direct Informationszentrum stehen mit Rat und Tat zur Seite. Auf Ebene 1.1 der Stadtbibliothek Am Gasteig beraten sie montags bis mittwochs von 15 bis 19 Uhr sowie donnerstags und freitags von 10 bis 14 Uhr. Sie halten Informationsmaterial bereit und führen zahlreiche Veranstaltungen durch.

Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern (EDI) ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig und ist erreichbar im Internet unter *www.muenchen.de/europe-direct.*

Freizügigkeitsbescheinigung nicht mehr notwendig

(28.1.2013) Ab Dienstag, 29. Januar, werden durch die Ausländerbehörde keine Freizügigkeitsbescheinigungen mehr ausgestellt. Das Aufenthaltsrecht wird dann ausschließlich über den Nationalpass bzw. das Ausweisdokument und über die Meldebescheinigung nachgewiesen.
Die Änderung wurde vom Gesetzgeber am 24.Oktober 2012 beschlossen. Sie gilt für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie für Staatsangehörige aus den sogenannten EWR-Staaten (Norwegen, Island und Liechtenstein). Durch die Abschaffung der Freizügigkeitsbescheinigung soll vor allem Bürokratie abgebaut werden.
Eine Freizügigkeitsbescheinigung war eine amtliche Bestätigung über das Bestehen des Aufenthaltsrechts in Deutschland. Die Freizügigkeitsbescheinigung war kein Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz, sondern hatte nur deklaratorischen Charakter.
Freizügig sind alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie Staatsangehörige aus den EWR-Staaten in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts und auch darüber hinaus, sofern sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, arbeitssuchend sind oder studieren. Ansonsten besteht Freizügigkeit dann, wenn der Lebensunterhalt gesichert werden kann.
Sonderregelungen gelten nur für Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien. Diese benötigen grundsätzlich eine Arbeitserlaubnis von der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV), wenn sie eine unselbständige Beschäftigung aufnehmen wollen. Weitere Informationen hierzu sind unter *www.zav.de* erhältlich.
Nach einem fünfjährigen Aufenthalt können Unionsbürgerinnen und Unionsbürger aber weiterhin eine Daueraufenthaltsbescheinigung beantragen. Weitere Infos hierzu unter *www.auslaenderbehoerde-muenchen.de*.

Ausstellung „München 2050 – Freiham“ im PlanTreff

(28.1.2013) Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk eröffnet am Dienstag, 29. Januar, 18 Uhr, die Ausstellung „München 2050 – Freiham“ im PlanTreff, die das Projektseminar Geografie des Dante-Gymnasiums München in Kooperation mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung entwickelt hat. 13 Schülerinnen und Schüler der 12. Jahrgangsstufe hatten sich im Rahmen des Projekts „München 2050“ mehr als ein Jahr intensiv mit der Zukunft ihrer Heimatstadt auseinandergesetzt. Dabei ent-

wickelten sie Ideen und Konzepte für Freiham, den neuen Münchner Stadtteil, der am westlichen Stadtrand entsteht. Sie entwarfen unter anderem ein Haus der Zukunft, Visionen für einen nahezu autofreien Stadtteil und Ideen für ein friedliches soziales Miteinanderleben im neuen Stadtteil.
Der PlanTreff, die Informationsstelle zur Stadtentwicklung der Stadt München, und die Planungsgruppe Freiham im Referat für Stadtplanung und Bauordnung begleiteten und unterstützten die Arbeit der Schülerinnen und Schüler als externe Partner in fachlicher und organisatorischer Hinsicht.
Nach der Ausstellungseröffnung besteht die Möglichkeit, die Zukunft Münchens im gemeinsamen Gespräch zu vertiefen. Die Ausstellung im PlanTreff, Blumenstraße 31, ist vom 30. Januar bis 28. Februar täglich von 9 Uhr bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei. Weitere Informationen zur Ausstellung und zu den Planungen der Stadt in Freiham im Internet unter *www.muenchen.de/freiham* und zu den Arbeiten der Schülerinnen und Schüler unter: *www.muenchen2050.de.*

Vortrag über die Dichtigkeitsprüfung in der Gebäudeentwässerung
(28.1.2013) Für den ordnungsgemäßen Bau und Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlagen sind grundsätzlich die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer verantwortlich. Zur Entwässerungsanlagen zählen die häusliche Abwasserkanalisation und die Regenwasserableitung. Abwasserkanäle und Schächte müssen per Gesetz dicht sein, denn andernfalls können das Grundwasser oder der Boden verunreinigt werden oder es kann Fremdwasser in die Kanalisation eindringen. Der Nachweis auf die so genannte Dichtigkeit muss regelmäßig und schriftlich erbracht werden. Was es bei dem Nachweis zu beachten gibt und wann er wo eingereicht werden muss, erklärt Boris John, Diplom-Ingenieur und Sachverständiger in der Wasserwirtschaft, am Donnerstag, 31. Januar, ab 18 Uhr im Bauzentrum München. Der Eintritt ist frei. Er stellt die möglichen Schäden, die Sanierungs- oder Erneuerungsmaßnahmen sowie eine technische und finanzielle Gesamtbetrachtung vor. Bei undichten Kanälen und eventuell nötigen aufwändigen Sanierungsmaßnahmen kann sich ein genauer Blick auf die Gesamtsituation lohnen. Für die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer bietet sich die Möglichkeit, die Entwässerungsanlagen gegebenenfalls neu zu gestalten und die mit der Prüfung verbundenen Kosten über Gebühreneinsparungen zu refinanzieren. Bei seinem Vortrag beantwortet der Experte auch individuelle Fragen.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10. Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon: 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Kabarett mit Philipp Weber im Bürgersaal Fürstenried

(28.1.2013) Du bist, was du isst. Aber weiß man genau, was man isst? Philipp Weber, preisgekrönter Kabarettist und studierter Chemiker, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Verbraucherschutz zur humoristischen Kunstform zu erheben. Er ist mit seinem Programm „Futter – streng verdaulich" am Donnerstag, 31. Januar, um 19.30 Uhr im Bürgersaal Fürstenried, Züricher Straße 35, zu erleben. Nach diesem Abend wird man sich besser, gesünder und vor allem viel entspannter ernähren.
Der Kabarettabend ist eine Kooperationsveranstaltung der Münchner Stadtbibliothek Fürstenried mit der Münchner Volkshochschule Süd und Kultur & Mehr/Trägerverein Bürgersaal Fürstenried e. V. Eintrittskarten zu 13 Euro gibt es in der Stadtbibliothek Fürstenried, Forstenrieder Allee 61, Telefon 7 59 69 89-0, E-Mail: stb.fuerstenried.kult@ muenchen.de.

Krimilesung in der Stadtbibliothek Moosach

(28.1.2013) Die Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61a, lädt am 31. Januar um 19.30 Uhr zu einer Krimilesung mit Frida Mey, alias Ingeborg Struckmeyer, und Friedlind Lipsky ein. „Manchmal muss es eben Mord sein" ist ein ungewöhnlicher Bürokrimi: Wer andere schikaniert, lebt gefährlich – zumindest in der Umgebung von Elfriede Ruhland, die als freiberufliche Office-Managerin von Büro zu Büro zieht. Dank ihr werden Arbeitsabläufe optimiert, Papierberge und Büroleichen aller Art verschwinden einfach. Denn ganz nebenbei, immer mit einem Lächeln auf den Lippen, entsorgt Elfie kurzerhand die wahren Problemfälle eines Unternehmens – despotische Deppen mit Entscheidungsgewalt, intrigante Zicken, fiese Vorstandmitglieder und perfide Controller. So bekommt die junge Kommissarin Alex jede Menge zu tun. Das Autorinnen-Duo Struckmeyer-Lipsky aus Moosach bringt seine Figuren am liebsten gemeinsam um die Ecke, und das zum Vergnügen aller Leser und Zuhörer. Der Eintritt kostet auf allen Plätzen 6 Euro. Kartenreservierung unter Telefon 3 09 05 47 90 oder stb.moosach.kult@muenchen.de.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 28. Januar 2013

Hubschrauber Lizenz für das städtische Klinikum Neuperlach
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Eva Caim und Robert Brannekämper (CSU)

Verhindert die Verwaltung Befreiung von der Hundesteuer?
Anfrage Stadträtin Brigitte Wolf (Die Linke)

Umstrittene „Stolpersteine“
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadträtin Eva Caim
Stadtrat
Robert Brannekämper

ANFRAGE
28.01.13

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Hubschrauber Lizenz für das städtische Klinikum Neuperlach

In der letzten Sitzung des BA Perlach- Ramersdorf, wurden die Mitglieder von der Baumschutzbeauftragten darüber informiert, dass dringende Baumfällung beim Klinikum Neuperlach anstünden, da sonst die Gefahr bestünde, dass das städtische Klinikum nicht mehr bei Notfällen angeflogen werden könnte, da die Lizenz auslaufe.
Die Problematik beim Anflug des Klinikums sei allerdings nicht aktuell aufgetreten, denn das Luftamt Südbayern habe bereits bei der Verlängerung der Fluglizenz im letzten Jahr festgestellt, dass die Rahmenbedingungen nicht mehr den Anforderungen entsprächen und habe deshalb bereits im Mai 2012 die Genehmigung für planbare Verlegungsflüge gestrichen. Bis jetzt allerdings scheint dies vom Klinikum wohl nicht als so gravierend angesehen worden zu sein, da bis jetzt keine weiteren Maßnahmen ergriffen worden sind. Im MM war am 20.1. zu lesen, dass der Zeitrahmen für eine notwendig Entfernung der Baumhindernisse und die Bereitstellung entsprechender Flugschneisen jetzt äußerst knapp ist, genauer gesagt es handelt sich um einen Zeitrahmen bis zum, 31. März, nach den Richtlinien des Vogelschutzes bei Baumfällungen bleibt lt. Münchner Merkur lediglich ein Zeitkorridor bis zum 28. Februar. Werden die notwendigen Grundbedingungen nicht erfüllt, erlischt zusätzlich zu der bereits ruhenden Lizenz für planbare Krankentransporte auch die Flugrettungslizenz.

Wir fragen daher:

1. Seit wann genau ist dem städtischen Klinikum Neuperlach diese Problematik bekannt?
2. Welche Maßnahmen wurden im Zeitraum von einem ¾ Jahr unternommen, um die Lizenz für planbare Krankentransporte wieder zu bekommen?
3. Wurden Gespräche mit den umliegenden Anwohnern geführt, um die jetzt notwendigen Schneisen und die damit eventuell verbunden Lärmbelastungen problemlos umsetzen zu können?(Erfahrungen mit dem Klinikum Harlaching haben gezeigt, dass hier durchaus Schwierigkeiten entstehen können)
4. Gibt es einen Zeitplan, um die Vorgaben des Luftamts Südbayern einhalten zu können, damit die dringend notwendige Lizenz für Rettungshubschrauber nicht verloren geht?
5. Gibt es notfalls einen Ersatzplan, falls die Zeitvorgaben nicht eingehalten werden können?

Beatrix Burkhardt, Stadträtin Eva Caim, Stadträtin Robert Brannekämper, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE.
Stadtratsgruppe München
Brigitte Wolf
Ehrenamtliche Stadträtin

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 25. Januar 2013

Anfrage: Verhindert die Verwaltung Befreiungen von der Hundesteuer?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nachdem der Stadtrat die Hundesteuer im Jahre 2010 auf 100,- Euro im Jahr erhöht hatte, beantragte die LINKE, dass Steuerpflichtige mit München-Pass von dieser Steuer befreit werden. Der Kämmerer wandte dagegen ein, dass es einen generellen Erlass nicht geben könne, da es sich bei der Hundesteuer um eine Aufwandssteuer handele. Jeder Einzelfall müsse durch die Kämmerei geprüft werden. Die LINKE erreichte aber durch einen Ergänzungsantrag – verabschiedet in der Vollversammlung am 27.10.2010 – dass ein München-Pass künftig als ein mögliches Indiz für die Bedürftigkeit gewertet würde. Die Rathaus-Rundschau wies zwar auf die Erhöhung der Hundesteuer hin, aber nicht auf die Möglichkeit einer Befreiung. Als Antwort auf meine Nachfrage wies der Stadtkämmerer in seinem Antwortschreiben vom 6.12.2010 darauf hin, dass sich auf den Informationsseiten zur Hundesteuer im Internet unter den Kontaktdaten des Kassen- und Steueramtes folgender Hinweis befinde:
"Sofern Sie ein geringes Einkommen haben bzw. Sozialleistungen beziehen, kann die Hundesteuer auf Antrag und nach entsprechender Prüfung erlassen werden.“

Ein Münchner Bürger wies uns kürzlich darauf hin, dass diese angegebene Seite nicht mehr existiere.

Herr Oberbürgermeister, ich frage Sie deshalb:

1. Warum kann diese Seite im Internet nicht mehr aufgerufen werden? Wollen Sie oder die Stadtkämmerei denn, dass der Bürger von der Möglichkeit der Steuerbefreiung nichts erfährt? Halten Sie dies für einen bürgerfreundlichen Umgang mit Informationen zu Stadtratsbeschlüssen?
2. Was wird unternommen, damit die Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen bzw. die Bezieher von Sozialleistungen von der Möglichkeit der Hundesteuerbefreiung erfahren, die ihnen laut Stadtratsbeschluss offen stehen?
3. Kann der Bürger vom Internet ein Formular herunterladen, das zur Beantragung der Steuerbefreiung genutzt werden kann? Falls nicht, warum nicht?
4. Wann werden die Informationsseiten im Internet zur Hundesteuer aktualisiert und der Hinweis auf die Steuerbefreiung wieder aufgenommen?

Brigitte Wolf

Stadträtin der LINKEN.

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
28.01.2013

Umstrittene „Stolpersteine“

Mit guten Argumenten hat sich der Münchner Stadtrat 2004 gegen die Verlegung sogenannter „Stolpersteine“ (zur Erinnerung an während des Dritten Reiches verfolgte Juden) auf öffentlichem Grund in der Landeshauptstadt ausgesprochen. Tatsächlich ist der öffentliche Raum in der LHM schon jetzt ein ausuferndes Biotop der Bewältigung der Münchner NS-Vergangenheit – mehr wäre einfach zuviel. Umso befremdlicher wirkt vor diesem Hintergrund eine Mitteilung der Online-Ausgabe des „Stern“, der zufolge auch in München inzwischen offenbar 19 Stück der umstrittenen „Stolpersteine“ verlegt wurden. Mehr noch: weitere rund 200 Exemplare lagern laut „Stern“ zur Verlegung bereit „im Keller des Stolperstein-Vereins“ (http://www.stern.de/panorama/2-streit-um-stolpersteine-muenchens-angst-vor-den-neonazis-1960837.html). - Es stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Kenntnis hat die Stadt über die – offenbar auf Privatgrund – verlegten „Stolpersteine“ im Münchner Stadtgebiet?

2. Welche Kenntnis hat die Stadt darüber, für welche früheren NS-Opfer vom Verein „Stolpersteine für München“ Stolpersteine für welche Orte in München geplant sind?

3. 2004 mußte ein illegal verlegter „Stolperstein“ von der Stadt wieder entfernt werden – kam es seither zu weiteren illegalen Verlegungen?

Karl Richter
Stadtrat